

als die offizielle Parteilinie vertritt, sind die sowjetische Hegemonie über Polen, die Rücknahme nach dem „Polnischen Oktober“ eingeleiteter Reformen oder Auseinandersetzungen innerhalb des kommunistischen Lagers. Dies betrifft etwa die Haltung der Sowjetunion zu Jugoslawien, dessen Sozialismus-Modell der Vf. seit einem Besuch dort 1954 attraktiver als das vertraute stalinistische fand, oder den wachsenden sowjetisch-chinesischen Konflikt.

Für den deutschen Leser besonders interessant sind in diesem Zusammenhang seine Bemerkungen zu Deutschland bzw. zur DDR. Auf der einen Seite kritisiert R. die Ablehnung der Oder-Neiße-Grenze durch die offizielle Bundesrepublik oder 1958 die Wahl des ehemaligen SS-Generals Heinz Reinefarth, der für die Durchführung der systematischen Zerstörung der polnischen Hauptstadt nach dem Warschauer Aufstand verantwortlich zeichnete, in den schleswig-holsteinischen Landtag. Andererseits bemängelt er mehrfach heftig die konkrete Ausgestaltung des Sozialismus in der DDR. Er empfindet den Staat Walter Ulbrichts als Polizeistaat, kann sich z. B. die erniedrigende Art der Selbstkritik von Schirdewan in Polen nicht vorstellen und zitiert einen SED-Funktionär, der Ulbricht als „unseren Führer“ bezeichnet (S. 280).

Gleichwohl stellt sich der Vf. als einen überzeugten Kommunisten dar, der freilich nicht nur Probleme des sowjetkommunistischen Lagers präsentiert, sondern auch sehr klar die Diskrepanzen zwischen Anspruch und Wirklichkeit seiner eigenen Partei wahrnimmt, etwa daß Gomułka ab 1957 die „Revisionisten“ in der Partei viel schärfer kritisierte als die „Orthodoxen“. Nur taktische Fehler unterstellt R. seiner Partei in den Auseinandersetzungen mit der Katholischen Kirche. Nicht ganz deutlich wird, was den Autor trotz der ständig wahrgenommenen Widersprüche zwischen dem eigenen Ideal und der ernüchternden Wirklichkeit – nicht zuletzt der sowjetischen Hegemonie über Polen – offenbar nicht von seiner politischen Grundüberzeugung abbringen kann.

Warschau/Warszawa

Klaus Ziemer

**Hartmut Kühn: Das Jahrzehnt der Solidarność.** Die politische Geschichte Polens 1980–1990. Mit einem historiographischen Anhang bis 1997. BasisDruck Verlag. Berlin 1999. 618 S., Abb.

Der Anspruch dieses umfangreichen Buches ist bescheidener, als Titel und Untertitel zunächst vermuten lassen. Der Autor rückt die Erwartungen schon in seiner „Vorbemerkung“ zurecht, in der er eine „primär empirisch orientierte Arbeit“ ankündigt, die „theoretischen Reflexionen keinen breiteren Raum gibt“ (S. 9). Diese Ankündigung wird konsequent durchgehalten. Was Hartmut Kühn bietet, ist eine Chronologie der innenpolitischen Entwicklung Polens vom August 1980, also den Streiks an der Ostsee und dem Entstehen der Solidarność, bis zum Sieg Lech Wałęsas in den Präsidentschaftswahlen Ende 1990. Von den gut 500 Textseiten, die mit vielen Illustrationen vor allem der Hauptakteure der Handlung versehen sind, ist dabei rund die Hälfte den Jahren 1980/81 gewidmet, also dem Entstehen der Solidarność bis zur Verhängung des Kriegszustands am 13. Dezember 1981. Die andere knappe Hälfte beschreibt die restlichen immerhin neun Jahre, wobei die Mehrzahl der Seiten dem Zeitraum 1988–1990 gewidmet ist.

Die Quellenbasis des Autors besteht – ausweislich der Fußnoten im Text wie des Inhalts – fast ausschließlich aus polnischer Publizistik jener Jahre, insbesondere (aber keineswegs nur) aus Publikationen der Solidarność sowie aus Memoirenliteratur der Hauptakteure, während die inzwischen kaum mehr überschaubare Sekundärliteratur so gut wie nicht zur Kenntnis genommen wird. Entsprechend der in den „Vorbemerkungen“ gemachten Ankündigung, „primär empirisch“ vorzugehen, bemüht sich die Darstellung um „Fakten, Fakten, Fakten“, bleibt aber bei der Bedeutung von Schlüsselereignissen wie der Amnestie von 1986 an der Oberfläche stecken und kann z. B. die

Bedeutung der – von realsozialistischen Nachbarländern wie der DDR oder der ČSSR heftig bekämpften – Reformmaßnahmen der Jaruzelski-Equipe der 1980er Jahre analytisch nicht in den Blick bekommen. Eine theoretisch reflektiertere Arbeit wird in der „Vorbemerkung“ des Autors, in der „Nachbemerkung“ aber eine – dem Kontext nach eindeutig chronologisch gemeinte – „Fortsetzung dieses Buches“ (S. 523) angekündigt, wobei letzteres eher wahrscheinlich sein dürfte.

K. präsentiert seine Darstellung vorwiegend aus der Perspektive der *Solidarność*, was verständlich ist, aber kaum hinterfragt wird und sich auch in der Terminologie niederschlägt (z. B. „Junta“ für die politische Führung während des Kriegszustands). Seine Stärken hat der sehr ansprechend gestaltete Band dort, wo detailliert konkrete Entwicklungen nachgezeichnet werden, die zum damaligen Zeitpunkt in der Öffentlichkeit kaum registriert wurden, auf die Entwicklung nach 1989 aber erheblichen Einfluß hatten, zum Beispiel der von K. durchaus zu Recht als „Schisma“ charakterisierte Bruch zwischen der 1986 aus dem Untergrund an die Öffentlichkeit tretenden *Solidarność*-Führung, die aus eigener Autorität neue lokale und regionale Führungsorgane benannte, und den alten, 1981 demokratisch gewählten Eliten, die sich durch die von Wałęsa persönlich vorgenommenen Personalentscheidungen betrogen fühlten.

Der Charakter des Bandes als Nachschlagewerk wird unterstrichen durch einen fast 100 Seiten starken Anhang. In ihm listet der Autor auf: die Zusammensetzung der Regierungen sowie der Führungen der kommunistischen Partei (PZPR) und der *Solidarność* für den Zeitraum von 1980 bis 1997, die Ergebnisse der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen von 1989 bis 1997, eine überwiegend polnischsprachige Titel umfassende Bibliographie, ein teilweise kommentiertes Abkürzungs- und Organisationsverzeichnis sowie nicht zuletzt ein sehr hilfreiches, umfangreiches kommentiertes Personenregister.

Warschau/Warszawa

Klaus Ziemer

**O stanie wojennym w Sejmowej Komisji Odpowiedzialności Konstytucyjnej.** Sprawozdanie komisji i wnioski mniejszości wraz z ekspertyzami i opiniami historyków. [Der Sejm-Ausschuß für die Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit über die Ausrufung des Kriegszustandes. Der Ausschlußbericht und die Beschlußempfehlung der Minderheit sowie Expertisen und Gutachten von Historikern.] Wydawnictwo Sejmowe. Warszawa 1997. 271 S.

On 5 December 1991, a group of 51 Polish parliamentary deputies from the Parliamentary Club of the Confederation for an Independent Poland (KPN) introduced a measure within the Sejm calling for a criminal investigation into the 1981 declaration of martial law. Nearly five years later the parliament's Commission for Constitutional Oversight concluded its investigation and recommended that all charges be dropped against General Wojciech Jaruzelski and his 26 co-defendants. One can examine the reasoning behind this controversial decision in *O Stanie Wojennym*. Following a brief preface by Commission chairman Marian Zenkiewicz, this collection opens with a battery of analysis from the nine specialists who assisted the Commission to interpret the evidence it assembled from multinational archives, published accounts, and oral testimony. Included are chapters from Antoni Czubiński, Janusz Gaworski, Jerzy Holzer, Krystyna Kersten, Janusz Krupski, Jarema Maciszewski, Andrzej Paczkowski, Andrzej Werblan, and Marian Zgórnjak. Each contributes a brief analysis of the investigation, with particular attention to the problem of addressing the many constitutional violations involved in the imposition of martial law. At issue is the right of the government to introduce a "state of war" in Poland which the Constitution of 1952 stipulated could only occur in the event of a clear threat to Polish state security.

Consistent with the assessments of its expert advisors, the Commission report concludes that Warsaw had reason to believe it faced a Soviet-led invasion in 1981 if it failed